

Zusatzbemerkungen:

Lina Seitzl, SPD:

Ich verurteile den gewaltsamen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 in aller Schärfe. Es handelte sich um das verheerendste Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Zeit des Holocausts. Die noch in Gefangenschaft befindlichen Geiseln müssen sofort freigelassen werden. Das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit ist für mich legitim und unantastbar.

Selbstverständlich ist Israel im Einklang mit dem internationalen Recht verpflichtet, seine Reaktion auf die Angriffe der Hamas verhältnismäßig zu gestalten und Zivilisten zu schützen. In Anbetracht der hohen Zahl an zivilen Opfern, darunter Frauen und Kinder in Gaza, sowie der massiven Zerstörung ziviler Infrastruktur wie Krankenhäuser und Schulen, fordere ich einen sofortigen Waffenstillstand und begrüße alle internationalen Bemühungen, einen solchen zu erreichen.

Die katastrophale humanitäre Situation im Gazastreifen muss dringend gelöst werden. Es bereitet mir Sorge, dass internationale humanitäre Hilfe die Menschen vor Ort nur schwer erreicht und dass die UNO-Strukturen nur begrenzten Zugang zu Gaza haben. Aus meiner Sicht ist das wichtigste Ziel, die Bevölkerung mit medizinischer Hilfe und Nahrungsmitteln zu versorgen. Deutschland hat seine humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza seit dem 7. Oktober 2023 auf über € 294 Mio. verdreifacht. Damit diese Hilfe bei den Bedürftigen ankommen, muss Israel die Zufuhr von humanitären Gütern erheblich verbessern und beschleunigen. Gleichzeitig dürfen die Güter nicht von der Hamas beschlagnahmt werden, während die Zivilbevölkerung hungert.

Die anhaltende Eskalationsgefahr in der gesamten Region und die Einmischungen aus dem Libanon und dem Iran verdeutlichen die Notwendigkeit eines neuen diplomatischen Vorstoßes zur Erreichung einer Zwei-Staaten-Lösung. Hierzu gehört auch eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die die zivile Verwaltung in Gaza übernehmen sollte. Um eine langfristige Konfliktbefriedung und den Wiederaufbau von Gaza zu erreichen, darf Gaza keine Bedrohung mehr für Israel darstellen.

Ich lehne jegliche Bestrebungen der israelischen Regierung ab, Gebiete im Westjordanland und im Gazastreifen zu annektieren. Das Ziel bleibt eine friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer verhandelten Lösung. Nicht durch Gewalt, sondern nur durch einen politischen Dialogprozess mit allen Beteiligten kann die langfristige Sicherheit Israels und der Bevölkerung in Gaza gewährleistet werden.

Mera25:

Ein Ende der Unterdrückung von Palästinenser*Innen, sowie allen anderen unterdrückten Völkern, ist ein Hauptbestandteil unserer Plattform und untrennbar von unserem Selbstverständnis als internationalistisches Projekt.

MLPD:

Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes liegt uns sehr am Herzen, wofür sich die MLPD auch seit Jahrzehnten einsetzt. Sie finden auf der Homepage der MLPD und auf rf-news.de unserem täglichen Nachrichten portal viele auch grundsätzliche Artikel dazu. Ebenso finden sie Berichte über viele Aktivitäten, wo sich die MLPD gegen Völkermord in Gaza einsetzt. Die MLPD unterstützt der zum Jahreswechsel vereinbarten Solidaritätspakt der ICOR (Internationale Koordinierung revolutionäre Parteien und Organisationen) und der Al Awda Health Community Asociation, zur Akuthilfe und zum Aufbau eines künftigen Krankenhauses.